



3.09

Infoblatt für
feministische Politik und
Geschlechtergerechtigkeit
der Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

In der Ausgabe:

Kein Bombodrom – nirgends!

Katja Haese.....2

Editorial

Kirsten Tackmann, MdB, Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.....2

Bundestag (k)eine Männerwelt?

Jutta Kühl.....3

Statt Geld fehlt politischer Wille

Interview von Marion Heinrich.....3

Frauen sind im Alter oft arm dran

Volker Schneider, MdB, Rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.....4

Fraktion profitiert vom Frauenplenum

Interview von Frank Schwarz.....5

In Gleichberechtigung investieren!

Axel Troost, Parlamentarischer Geschäftsführer und finanzpolitischer Sprecher.....6

Ohne Mindestlohn ist Deutschland im Eimer

Interview von Frank Schwarz.....7

Akademisch gebildet – kaum gebraucht

Gisela Zimmer.....8

Der Mindestlohn und die raue Wirklichkeit

Kornelia Möller, MdB, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin.....9

Ehegesetz ist nur die Spitze des Eisbergs

Birgit Bock-Luna.....9

Weibliche Energie versus Atomkraft

Tatjana Behrend.....10

»Die Auswirkungen sind vorhersehbar«

Interview von Jutta Kühl.....11

Literatur/Konsum/Internet/Download.....13

Kein Bombodrom – nirgends!

Entscheidung über die Zukunft des Abwurfstergeländes in der Freien Heide ist überfällig

Das Bombodrom-Urteil vom 27. März 2009 war eine schallende juristische Ohrfeige für die Große Koalition. Das Oberste Verwaltungsgericht (OVG) hatte entschieden, dass der Luft--Boden-Schießplatz der Luftwaffe in der Kyritz-Ruppiner Heide (Bombodrom) auch künftig für Tiefflugübungen gesperrt bleibt. Es ist dem Engagement einer ganzen Region zu verdanken und dem breiten Widerstand gegen das Bombodrom, dass die Bundeswehr dieses Areal nicht nutzen kann. Nach 15 Jahren Verfahrensstreit und 17 Jahren demokratischem Widerstand vor Ort fordert jetzt selbst die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm, auf die militärische Nutzung des Bombodroms zu verzichten. Im Bundestag gibt es eine rot-rot-grüne Mehrheit für eine zivile und friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Die SPD kann mithelfen, diese Mehrheit auch endlich umzusetzen. Bisher redete sie sich mit dem Verweis auf den Koalitionspartner heraus. Es ist an der Zeit, die politischen Konsequenzen noch vor der Bundestagswahl zu ziehen und dem demokratischen Willen einer Region zu entsprechen. Denn nur eine Entscheidung vor der Wahl ist eine verlässliche Entscheidung für die Bürgerinnen und Bürger, der Rest ist pure Wahlkampfaktik. Die Region braucht endlich Frieden, Planungs- und Zukunftssicherheit sowie den Respekt vor demokratischen Mehrheiten. Für diesen Glaubwürdigkeitstest bleibt der SPD nicht mehr viel Zeit. Für DIE LINKE ist in Sachen Bombodrom kein Platz für Taktik, sondern es bleibt beim klaren, verlässlichen Bekenntnis: Kein Bombodrom. Nirgends.

Katja Haese

Editorial

Geschlechtergerechtigkeit in der Krise? Jetzt erst recht!

Wer sucht noch einen Beweis für die patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft? Die Analyse der Ursachen und Reaktionsmuster ihrer aktuellen Krise sind sehr erhellend. Es ist so entlarvend offen, was sich da politisch abspielt, sodass es das reine feministische politische Bildungsprogramm sein könnte: Das Patriarchat kämpft um seine Ressourcen – weniger um die Überwindung der Krise im Interesse der gesamten Gesellschaft. Anders ist es nicht zu erklären, warum zum Beispiel das Auto als zentrale Ikone vieler Machos das Regierungshandeln in einer geradezu absurden Weise beherrscht – weltweit übrigens. Die Abwrackprämie wird zwar mitgenommen, löst aber Kopfschütteln aus ob der Diskrepanz zwischen zusätzlichen »Prämien« von 100 Euro für ein Kind und von 2500 Euro für ein altes Auto. Es geht um viele Arbeitsplätze und Familienexistenzen. Dies ernst zu nehmen, ist Aufgabe von Politik. Aber das trifft auf andere Branchen ebenso zu, die keine Chance haben, zur Chef/innen-Sache zu werden. Während die Kanzlerin aber zu Opel fährt, spricht sie eine ganze Woche mit den direkt vor ihrem Kanzlerinnenamt protestierenden Milchbäuerinnen noch lange nicht. Dabei wäre der Zusammenbruch der einheimischen Milcherzeugung vielleicht sogar schwerwiegender für die Gesellschaft als der von Opel. Die aktuelle Gesellschaftskrise fordert aus unserer Sicht einen Bruch mit dem Patriarchat als Teil der Ursache geradezu heraus, statt es zu konservieren. Der Kampf gegen die Krise wird geschlechtergerecht gewonnen, oder er wird verloren.

Kirsten Tackmann, MdB, Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Bundestag (k)eine Männerwelt?

Girls' Day 2009 bei der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Kirsten Tackmann, Frauenpolitische Sprecherin und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE
Die Fraktion DIE LINKE beteiligte sich bereits zum dritten Mal erfolgreich am Mädchenzukunftstag. Am 23. April 2009 waren zehn Mädchen und junge Frauen zwischen 11 und 18 Jahren zu Gast in der Fraktion. Sie informierten sich über Ausbildungsmöglichkeiten bei der Bundestagsfraktion, erhielten Einblicke in den »Beruf« der Parlamentarierin und gingen der Frage nach, ob der Bundestag heute (k)eine Männerwelt ist. Denn nur 30 Prozent der Abgeordneten des aktuellen Bundestags sind weiblich. In der Fraktion DIE LINKE sind 26 der 53 Abgeordneten Frauen.

Jutta Kühl

Statt Geld fehlt politischer Wille

Interview mit den einstigen Balletttänzerinnen Monika Ehrhardt-Lakomy und Hadmut Fritsche

Am 28. Mai standen in namentlicher Abstimmung 17 Anträge der Fraktion DIE LINKE zur Beseitigung von Rentenungerechtigkeit in Ostdeutschland auf der Tagesordnung des Bundestages. Ein Antrag betraf die Enteignung der Tänzerrente für ehemalige Ballettmitglieder der DDR.

Sie gehören beide zur Interessengemeinschaft ehemaliger Balletttänzer der DDR, haben rund 20 Jahre in Ihrem Beruf gearbeitet und die Tänzerrente bis zum 31. Dezember 1991 erhalten. Wer bekam diese berufsbezogene Zuwendung in der DDR?

Hadmut Fritsche: Alle Tänzerinnen und Tänzer, die 15 Jahre getanzt haben, bekamen diese Rente, das waren zwischen 200 und 500 DDR-Mark, je nach Gage der fünf besten Jahre.

Monika Ehrhardt-Lakomy: Der Tänzerberuf war in der DDR ein hochgeschätzter Ausnahmeberuf. Die Rente wurde auch deshalb gezahlt, weil man wusste, dass niemand nach Ende der Tänzerkarriere einen gleichwertigen Aufstieg in einem neuen Beruf starten konnte.

Hadmut Fritsche: Die meisten haben danach körperliche Beschwerden. Für viele unserer Kolleginnen und Kollegen war die Rente das regelmäßige Einkommen im Monat, das mit Honoraren für Tanzunterricht aufgebessert wurde. Anfang 1992 fielen sowohl die Rente als auch die Kulturhäuser mit ihren Tanzgruppen weg.

Mit welcher Begründung wurde diese Rente nicht mehr gezahlt?

Monika Ehrhardt-Lakomy: Die Gründe sind fadenscheinig und eindeutig politisch motiviert. Es gab den Beruf Tänzerin/Tänzer in der alten BRD nicht. Tanzen war nur eine Tätigkeit. Hadmut Fritsche: Eine Kollegin wurde mal auf dem Arbeitsamt gefragt: »Tänzerin sind Sie? Und was machen Sie tagsüber?« Das heißt, viele wussten und wissen bis heute nicht, wie hoch qualifiziert unsere künstlerische Ausbildung war. Zum anderen wurde behauptet, dass es diese Versorgungsleistung in der BRD nicht gab und wir damit nach der Wende privilegiert gewesen sind. Alles Quatsch. Es gibt die Bayerische Versorgungskammer, in die gemeinschaftlich die Vertragstheater und die Tänzer einzahlen. Damit sind die Kolleginnen und Kollegen nach Ende der Bühnenkarriere versorgt. Leider gab es auch keine Solidarität der Tänzer in den alten Bundesländern mit uns.

Das heißt, der Gesetzgeber hätte die rund 1600 Tänzerinnen und Tänzer in die Zusatzversorgung für Bühnenkünstler rückwirkend aufnehmen können?

Hadmut Fritsche: Richtig! Stattdessen hat man uns ab 1. Januar 1992 Eigentum gestohlen. Rente, das hat das Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil 1999 entschieden, ist Eigentum.

Monika Ehrhardt-Lakomy: Seit 18 Jahren kämpfen wir als Interessengemeinschaft gegen dieses Unrecht, klagen durch alle Instanzen. Eine Richterin in Thüringen hat uns sogar recht gegeben. Danach durfte sie ihr Urteil nicht mehr schriftlich ausfertigen, sie wurde suspendiert. Lothar de Maiziere, der letzte Ministerpräsident der DDR, hat sich bereiterklärt, für uns auszusagen. Er wurde nie von einem Gericht als Zeuge vorgeladen.

Sie sind bei Politikern aller Fraktionen im Bundestag und in Landtagen »Klinken putzen« gegangen für Ihr Anliegen. Was sagen Sie nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung?

Hadmut Fritsche: Das kann man gar nicht beschreiben. Ex-Post-Chef Zumwinkel hinterzog Steuern und bekommt trotzdem eine 20-Mio.-Euro-Pension. Diese Summe hätte gereicht, um die noch lebenden rund 500 Mitglieder unserer Interessengemeinschaft bis ans Lebensende zu versorgen.

Monika Ehrhardt-Lakomy: Ich kenne einige MdB von SPD und CDU, die sich für uns einsetzen wollten und nun umgefallen sind. Umso mehr hoffe ich, dass DIE LINKE in der nächsten Legislatur wieder einen Antrag für uns einbringt. Aufgeben werden wir nicht!

Interview: Marion Heinrich

Antrag »Schaffung einer gerechten Versorgungslösung für die vormalige berufsbezogene Zuwendung für Ballettmitglieder der DDR« Drucksache 16/7022

Frauen sind im Alter oft arm dran

Rentenungerechtigkeit sorgt bei Hunderttausenden für demütigenden Alltag

Das Thema Altersarmut ist hochaktuell und wird in den nächsten Jahren leider an Brisanz weiter zunehmen. Auch wenn es in den öffentlichen Debatten meist zu kurz kommt, betroffen sind besonders Frauen. Laut der Studie »Altersvorsorge in Deutschland« (AVID), beziehen Frauen nur etwa 60 Prozent der durchschnittlichen Rente von Männern. Zwar werden nach dieser Studie die Rentenansprüche der Neurentnerinnen in den alten Bundesländern in den nächsten 20 Jahren von 579 Euro auf 623 Euro leicht zunehmen. Doch damit liegen Frauen in Westdeutschland immer noch deutlich unter dem Grundsicherungsniveau von 637 Euro.

Im Osten sinken im selben Zeitraum die Renten von 785 Euro auf 690 Euro und nähern sich so den niedrigen Westwerten langsam an. Die Ursachen niedriger Frauenrenten liegen in den bestehenden unterschiedlichen Erwerbs- und Lebensbiografien von Männern und Frauen: Hierzu zählen die hohe Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, die ungleiche Verteilung von Familien- und Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern und natürlich die anhaltende Lohndiskriminierung von Frauen. Damit wird aber auch deutlich: Alterssicherungspolitik ist kein Reparaturbetrieb für eine verfehlte Sozial-, Arbeitsmarkt- und Geschlechterpolitik. Solange es keine spürbare Veränderung der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung gibt, Frauen nicht die gleichen Berufs- und Karrierechancen haben, so lange wird es auch keine fairen und ausreichend vor Altersarmut schützenden Altersrenten für Frauen geben. Deshalb immer und zuerst: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Statt Privatisierung der Altersvorsorge ist die gesetzliche Rentenversicherung auszubauen und zu stärken.

Die gesetzliche Rente ist zu einer Erwerbstätigenversicherung fortzuentwickeln, geringentlohnte Jobs sind durch die Rente nach Mindesteinkommen besser zu bewerten, und zuletzt und vor allem sind in Zeiten des ALG-II-Bezugs wieder Beiträge an die Rentenversicherung zu zahlen, die nicht jede Perspektive auf eine vernünftige Alterssicherung vernichten. Diese Maßnahmen dienen einer besseren und durchgängigeren rentenrechtlichen Absicherung von Frauen. Wichtig ist zudem, dass Sozial-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik stärker zusammengebracht und Gesetze konkreter auf ihre geschlechterspezifischen Verteilungs- und Wechselwirkungen überprüft werden.

Volker Schneider, MdB, Rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Antrag »Solidarausgleich in der Rente für Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und geringen Einkommen stärken« Drucksache 16/7038

Antrag »Die gesetzliche Rentenversicherung zur solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausbauen« Drucksache 16/6440

Fraktion profitiert vom Frauenplenum

Kirsten Tackmann zieht als frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Bilanz

Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Einer der Slogans der Linken im Bundestag heißt »DIE LINKE wirkt«. Wie erfolgreich haben die Frauen der Linksfraktion bei für sie wichtigen Themen wirken können?

Angesichts der ja noch (!) begrenzten Anzahl LINKER Abgeordneter im Bundestag ist ihre nachweisliche frauenpolitische Wahrnehmbarkeit schon beachtlich. Bei Themen wie Frauenhausfinanzierung, Entgeltgleichheit, Gleichstellung in der Privatwirtschaft, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsprostitution und so weiter kam niemand an unseren Vorschlägen vorbei. Armut von Frauen und die selbstbestimmte Rolle von Frauen in ihren Familien hat nur die LINKE thematisiert. Sie war es auch, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in der Diskussion um die Verschärfung der gesetzlichen Regeln bei medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüchen verteidigt hat. Und schließlich waren wir die einzigen, die immer wieder auf die schwieriger werdenden Lebensbedingungen für Frauen in den Dörfern und kleinen Städten als Problem hingewiesen haben. Ohne DIE LINKE wären die Selbstbestimmungsrechte und die Gleichstellung von Frauen noch mehr unter die Räder gekommen.

Das Frauenplenum ist eine separate, von Frauen autark geführte und von Männern gemiedene politische Runde innerhalb der Fraktion DIE LINKE. Wie zufrieden sind die Frauen mit Vorschlägen und Diskussionsergebnissen ihres Plenums nach knapp vier Jahren?

Wieso von Männern gemieden? Die weiblichen Abgeordneten haben ihr in der Bundessatzung der Partei verankertes Recht wahrgenommen. Frauenplena sind ein Instrument zur Sicherung der Interessen von Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft, die auch in DIE LINKE hineinwirkt. Ziel ist eigentlich ihre Überwindung durch wirkliche Gleichstellung der Geschlechter. Interessant ist, dass wir nicht einmal ernsthaft mit einem Veto gegen Fraktionsbeschlüsse drohen mussten. Offensichtlich wirkt die Existenz des Instruments schon disziplinierend. Aber wir haben auch unser Initiativrecht intensiv genutzt und Anträge aus dem Frauenplenum heraus erarbeitet. So ist zum Beispiel der Gruppenantrag zur Schwangerschaftsabbruchdebatte entstanden. Eines ist nach 4 Jahren Erfahrungen sehr deutlich: Die gesamte Fraktion profitiert von der Existenz des Frauenplenums.

Welcher Gesetzesvorschlag trägt in besonderer Weise die stolze Handschrift von Frauen der Linksfraktion?

Da würde ich zu allererst zwei Anträge nennen, die durchaus eine längere Diskussionsphase in der Fraktion überstehen mussten, weil die Forderungen sehr konsequent waren und damit weit über die warmen Worte der anderen Fraktionen hinausgingen und einen klaren, aber auch machbaren Weg zur Lösung benannten: Entgeltgleichheit und Gleichstellung in der Privatwirtschaft. Ich bin davon überzeugt, dass diese beiden Anträge frauenpolitisch Maßstäbe in der gesellschaftlichen Debatte gesetzt haben, die noch einige Zeit Bestand haben werden.

Welches war das schönste Erlebnis als frauenpolitische Sprecherin in der Legislatur?

Das ist schwierig zu beantworten, denn es gab eine ganze Reihe solcher Erlebnisse. Aber vielleicht war am allerschönsten, dass es DIE LINKE mit ihrem Antrag zur Frauenhausfinanzierung geschafft hat, eine Anhörung im Bundestag zu erzwingen, die sich nach 30 Jahren Frauenhausbewegung das erste Mal mit der defizitären Finanzierung und den eingeschränkten Zugängen zu Frauenhäusern und Schutzwohnungen beschäftigt hat. Die vielen sehr engagiert vor Ort arbeitenden Frauen kamen endlich einmal zu Wort und konnten ihre Sorgen und Probleme dort vorbringen, wo sie nach unserer Auffassung auch gelöst werden müssen. Im Ergebnis fühlten sich die Koalitionsfraktionen verpflichtet, wenigstens einen gutgemeinten, wenn auch nicht konsequenten eigenen Antrag vorzulegen. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht das Ende des Weges.

Welches möchtest du am liebsten schnell vergessen?

Eindeutig die Debatte zum Schwangerschaftskonfliktgesetz. Es war so unendlich ernüchternd, dass selbst die Frauen aus den Fraktionen der SPD und der Grünen kaum mehr ernsthaft Widerstand geleistet haben gegen eine fürsorgende Scheinheiligkeit, die doch eigentlich nur die Entscheidungsfähigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen in Frage stellt. Es ist schon fast tragisch, dass es ausgerechnet die LINKE war, die den Kompromiss von 1995 zu den medizinisch begründeten Schwangerschaftsabbrüchen verteidigt hat gegen die Angriffe aus den Reihen der Lebensschützer. Denn wir wollen ja die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch. Aber am Ende der parlamentarischen Debatte war wenigstens eines klar: Der Gruppenantrag aus den Reihen der LINKEN stand konsequent auf der Seite der Frauen, ihrer Familien sowie ihrer Ärztinnen und Ärzte. Das hat uns große Anerkennung – insbesondere bei den Beratungsorganisationen – gebracht.

Welche Rolle werden Frauen in unserer Gesellschaft in 10 Jahren spielen?

Das kommt darauf an. Wenn die gesellschaftliche Rückwärtsrolle fortgesetzt wird, die wir aktuell beobachten, stehen wir dann mehrheitlich wieder am Herd und werden als Rabenmütter gesehen, wenn wir trotz Kindern arbeiten gehen wollen. Verhindert werden kann das, wenn in der aktuellen Gesellschaftskrise eine ernsthafte, analytische Debatte erzwungen wird, weil gerade sie ein Zeichen für Versagen des Patriarchats ist und sie darum nur geschlechtergerecht überwinden werden kann. Allerdings erfordert das eben auch eine LINKE, für die Gleichstellungsfragen und Geschlechtergerechtigkeit keine Nebenwidersprüche sind, sondern ins Zentrum des politischen Selbstverständnisses gehören.

Wann wird eine Frau Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag?

Wenn DIE LINKE dieses politische Selbstverständnis zu leben beginnt.

Interview Frank Schwarz

Antrag »Späte Schwangerschaftsabbrüche – Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken« Drucksache 16/11377

Antrag »Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft durch wirksame gesetzliche Regelungen fördern« Drucksache 16/9486

Antrag »Finanzierung von Frauenhäusern bundesweit sicherstellen und losgelöst vom SGB II regeln« Drucksache 16/6928

»Ein Blick auf die Fraktionsebene des Reichtages nach der Wahl im Herbst 2005 genügte, um zu wissen: Für eine neue, fünfte Fraktion – DIE LINKE – war schlicht kein Platz vorgesehen. Unter den vier Ecktürmen des Reichtags machten sich allein die vier etablierten Fraktionen breit. Und es bedurfte hartnäckiger Überzeugungsarbeit im Ältestenrat sowie eines umfangreichen Umbaus, um der LINKEN ab Pfingsten 2006 einen vernünftigen Fraktionsraum zu verschaffen. Der Hausherr, Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, nahm den nagelneuen Saal der LINKEN übrigens – auf meine Einladung hin – erst ein Jahr später erstmals in Augenschein: anlässlich des Tages der Ein- und Ausblicke im März 2007.«
Dagmar Enkelmann, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

In Gleichberechtigung investieren!

Gerade in der Krise müssen existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen her

In der TAZ vom 9. Juni äußert sich die Ökonomin Friederike Maier zu den industriepolitischen Prioritäten der Bundesregierung: Opel wird gerettet, Arcandor dagegen nicht. Opel beschäftigt zu 92 Prozent Männer, Arcandor zu drei Viertel Frauen. Damit gehen vor allem Frauenarbeitsplätze verloren. Auf die Frage, ob dies ein Zufall sei, antwortet Friederike Maier: »Nein. In der sogenannten Kernindustrie sind die guten Jobs für die ›Familienväter‹. Frauenarbeit wird als Zuverdienst wahrgenommen.« Die Frau nur als Zuverdienerin? Eine Auffassung aus dem vorvorigen Jahrhundert! Und traurige Realität. Niedriglohnbeschäftigung trägt in Deutschland ein vorrangig weibliches Gesicht: Ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten sind Frauen. Bei den Billiglöhnen kehrt sich das Verhältnis zwischen Mann und Frau allerdings um. Für eine 40-Stunden-Woche erhalten zwei Drittel der Frauen nur geringe Einkommen und beziehen oft zusätzlich Hartz IV. Seit der Agenda 2010 haben nur zehn Prozent aller Geringverdienerinnen den Sprung über die Niedriglohnschwelle geschafft. Öffentliche Haushaltseinbußen werden oft mit Einsparungen bei Bildung und Gesundheit ausgeglichen, gerade jenen Arbeitsbereichen, in denen vor allem Frauen tätig sind. Niemand fragt, wie Eltern die Betreuung ihrer Kinder organisieren, wenn die Öffnungszeiten in Kitas aus Kostengründen gekürzt werden. Besonders rückständig ist zum Beispiel die öffentliche Kleinkindbetreuung, vor allem in den alten Bundesländern. Soziale Dienstleistungen müssen verlässlich sein und ihre Angebote erweitert werden. Hierzu zählt die Betreuung und Bildung von Kindern ebenso wie die Betreuung und Pflege alter Menschen. Statt häufig schlechter Arbeitsbedingungen für Frauen werden attraktive Arbeitsplätze gebraucht. Auch deshalb fordert DIE LINKE. im Bundestag einen Schutzschirm für Menschen.

Axel Troost, Parlamentarischer Geschäftsführer und finanzpolitischer Sprecher und Suleika Reiners

Ohne Mindestlohn ist Deutschland im Eimer

Interview mit Lidl-Betriebsrätin Ulrike Schramm de Robertis

Was hat dazu geführt, den Job einer Betriebsrätin bei Lidl zu übernehmen?

Nach einer Odyssee stand ich vor der Entscheidung: Entweder ich höre jetzt auf und ergebe mich dem Schicksal, nichts mehr zu sagen und nicht mehr zu denken. Oder ich kämpfe. Ich bin aufgestanden und habe mich für den Kampf entschieden.

Was war bis zu diesem Zeitpunkt passiert?

Bei Lidl hat man mich offen gesagt »verarscht«. Erst sollte ich Filialleiterin werden, dann die nächste

Verkaufsleiterin. Dann hieß es, Sie sind zu alt. Aber die Filialleiterin war auch älter als 40 Jahre. Plötzlich wurde gesagt, sie habe geklaut, und sie wurde entlassen. Stunden über Stunden habe ich gearbeitet und mich körperlich total überfordert, fast keinen Schlaf mehr gefunden. Lieber Tabletten nehmen als sich krankschreiben lassen ... Dann wurde sehr viel gemobbt, weil wir einen Betriebsrat gewählt hatten.

Wie lange haben Sie das ausgehalten?

Bis ich zusammengebrochen bin. Ich war nach einem Bandscheibenvorfall vier Monate krank. »Wer sind Sie denn?«, fragte ein junger Mann, als ich wieder zur Arbeit erschien. »Die Filialleiterin«, antwortete ich. »Nein, ich bin der Filialleiter«, sagte er und dass er schon zwei Monate lang den Job habe. Ich dachte, mich trifft der Schlag.

Was passierte dann?

Man schickte mich in eine andere Filiale. Ich schwieg, bin täglich 50 Kilometer gefahren, dann wieder in eine andere Filiale, vier Monate ging das. Überall wurde ich behandelt wie ein Depp – als Abpackhilfe oder als Putzfrau. Ich habe meinen alten Arbeitsvertrag gefordert und wurde in Bamberg Filialleiterin. Dort waren die Arbeitsbedingungen noch tausend Mal schlimmer als bislang.

Wie sah denn der Alltag aus?

Tägliche Kontrollen und Überstunden ohne Ende. Es durfte nichts aufgeschrieben werden. Ständig wurde man verdächtigt, Pfand oder irgendetwas anderes manipuliert oder gestohlen zu haben. Dann gab es Leibesvisitationen durch Verkaufsleiter und andere Schikanen.

Wann kam die Idee, einen Betriebsrat zu gründen?

Kurz darauf. Ich habe mit den Kolleginnen gesprochen und denen nahegebracht, dass das eigentlich so nicht sein darf und auch nicht kann. Viele kannten ihre Rechte gar nicht. Wir haben dann eine geheime Sitzung abgehalten. Die Frauen waren vorsichtig und ängstlich. Das ist eben die Strategie der Unternehmen, egal, ob es LIDL, Kik oder andere sind. Man will nicht, dass untereinander ein gutes Klima herrscht, ein Vertrauensverhältnis. Nur so wird klar: Die Verkäuferin neben dir hat die gleichen Probleme wie du, und sie ärgert sich über dasselbe wie du. Aber sie traut sich nicht, es dir zu sagen, weil sie nicht weiß, ob du der Feind, ein Spitzel oder eine Freundin bist.

Was erwarten Sie von der Politik, insbesondere von den LINKEN, bei denen Sie Gast einer Betriebsrätekonferenz waren?

Dass den Unternehmern auf die Finger geschaut wird. Die können machen, was sie wollen. Gliedern aus, strukturieren um. Da haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum noch Rechte. Irrsinn, wenn die FDP fordert, bei weniger als 20 Beschäftigten sollte es keine Betriebsräte mehr geben. Sind wir denn Leibeigene? Sklaven sind verboten, dachte ich, bevor ich beim Discounter angefangen habe. Ich erwarte von der Politik, dass sie für die Menschen akzeptable Lebensbedingungen schafft und nicht nur den Raffkes den Weg ebnet. Und dann muss der Mindestlohn her, sonst ist Deutschland im Eimer.

Interview: Frank Schwarz

»Von der Finanz- und Wirtschaftskrise am meisten betroffen sind Frauen und Kinder. Gerade bei Opel sind es die vielen Mitarbeiterinnen, die täglich an den Bändern stehen, in der Produktion mitarbeiten, in der Verwaltung oder als Reinigungskräfte ihre Frau stehen. Über sie wird nicht gesprochen. Frauen sind schlechter bezahlt, liegen deutlich in den unteren Entlohnungsklassen, sie gehören nicht zum Management, sind nicht in Führungspositionen. Aber sie sind die Ersten, die doppelt aushalten müssen, was an Folgen der Krise bei den Menschen abgeladen wird. Familien, in denen die Erziehung der Kinder überwiegend von Frauen organisiert wird, sind diejenigen, die von der Krise am schärfsten betroffen sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Erst wenn Mann und Frau wirklich gleichgestellt sind – im Beruf, in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Entlohnung, bei den Aufstiegschancen –, dann wird eine Gesellschaft eine ausgewogene, ausgeglichene Entwicklung nehmen können.«

Bodo Ramelow, MdB

Antrag »Für einen sozial gerechten Mindestlohn in Deutschland« Drucksache 16/1878

Akademisch gebildet – kaum gebraucht

Berufsabschlüsse von Migrantinnen werden nur selten anerkannt

Maria Klunk strahlt. Sie hält ihre Approbation in den Händen. Zum zweiten Mal. Diesmal auf deutsch. Lange 15 Jahre hat sie nicht mehr als Neurologin gearbeitet. Das ist genau die Zeit, die sie in Deutschland lebt. Zusammen mit ihrem deutschstämmigen Mann und den beiden Kindern machte Maria sich auf den Weg. Aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik. Dass es so schwer, so kompliziert, so unübersichtlich zwischen Arbeitserlaubnis und Berufsankennung sein würde, das hatte Maria Klunk nicht gedacht. Auch nicht, dass jedes Bundesland seine eigene Verfahrensweise hat. Doch Maria hatte Glück. Genauso wie die Gynäkologin Zinaida Formenko. Sie verließ Usbekistan vor acht Jahren. Kam als sogenannter jüdischer Kontingentflüchtling nach Schleswig-Holstein. Um sich über Wasser zu halten, putzte Zinaida. Drei Jahre lang. Das war in Ordnung, sagt sie. Denn so entstand Kontakt zu deutschen Frauen, sie lernte die Alltagssprache. Das war fast das Wichtigste, erzählt Zinaida rückblickend. Denn als Frau im weißen Kittel musst du mit den Patientinnen kommunizieren können. Nicht nur in Fachbegriffen. Der Glaube allerdings, irgendwann wieder in den alten, geliebten Beruf zurückkehren zu können, schwand auch bei Zinaida zunehmend.

Oder Vadim Romanov. Ihm wurde Schwerin als Lebensort zugeteilt. Dort war er jahrelang Kunde des Jobcenters. Mal ein Sprachkurs, mal ein Praktikum, mal ein Bewerbungstraining. Aber nie wirklich ein Weg zurück in den Arztberuf. Der bot sich für alle erst mit dem »Ärzteintegrationsprojekt« in Brandenburg. Bislang einmalig in der Bundesrepublik. Dafür zogen Vadim Romanov und Zinaida Formenko sogar noch einmal um. Nach Potsdam und Cottbus. Zehn Monate lang lernten insgesamt 21 zugewanderte Ärztinnen und Ärzte alles, was sie für den Job hier brauchen. Dazu zählten über 500 Deutschunterrichtsstunden mit individueller Förderung. Es folgten viermonatige Praktika in verschiedenen Krankenhäusern. Am Ende dann der ganz dicke Brocken, die »Gleichwertigkeitsprüfung«. Sie muss vor der Ärztekammer abgelegt werden. Da geht es um Fachwissen – von der Allgemein- und Inneren Medizin über die Chirurgie und Pathologie bis hin zur Notfallmedizin. Ein Mammutprogramm, das allein gar nicht zu bewältigen ist. Deutsche Ärzte leisteten darum in der Vorbereitung kollegiale Hilfe. Am Ende hatten 17 der zugewanderten Ärzte den Sprung geschafft. Gleich im ersten Anlauf. Brandenburg hofft nun natürlich, dass sich der finanzielle Aufwand – rund 150.000 Euro aus dem Landesetat und dem Europäischen Sozialfonds – gelohnt hat und die Spezialistinnen und Spezialisten im medizinisch dünn besiedelten Land bleiben. Zinaida, Maria und Vadim haben bereits eine Anstellung. In Prenzlau, in Beelitz, in Cottbus. Die anderen werden folgen.

Das »Ärzteintegrationsmodell« war somit gut für beide Seiten. Das Land bekommt den Ärztemangel in den Griff, und die akademischen Zuwanderer können endlich das, was sie gern möchten: raus aus der staatlichen Stütze. Bundesweit, so wird vermutet, arbeiten bis zu 500.000 Akademiker unterhalb ihrer Qualifizierung. Lehrerinnen, Sozialpädagogen, Physikerinnen. Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg belegt: 43 Prozent der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler besitzen einen Hoch- oder Fachschulabschluss. Weitere 30 Prozent haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, sind Ingenieurin oder Meister. Gleichzeitig jedoch sind diese Höherqualifizierten zu mehr als einem Drittel arbeitslos. Der Grund: Es fehlt die Berufsankennung in Deutschland. Die Linksfraktion im Bundestag hat dazu einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die Koalitionsfraktionen und die FDP haben abgelehnt.

Gisela Zimmer

»Während man in Deutschland Berufsabschlüsse von Migranten und Migrantinnen nicht anerkennen will, beklagt die Bundesregierung einen Fachkräftemangel, den sie angehen möchte. Dabei wird die Realität auf den Kopf gestellt, die Logik mit Füßen getreten, indem mit künstlichen Hürden zunächst ein Problem geschaffen wird, um dann Scheinlösungen aus dem Hut zu zaubern.«
Sevim Dagdelen, Migrations- und integrationspolitische Sprecherin

Antrag »Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüssen« Drucksache 16/7109

Der Mindestlohn und die raue Wirklichkeit

Ein Beispiel aus München zeigt, wie notwendig er vor allem für Frauen ist

Endlich eine Arbeit gefunden. Endlich wird Hanna P. wieder gebraucht. Als Reinigungskraft in einem städtischen Kindergarten in München wird sie Hartz IV allerdings nicht entrichten. Nach einer Entscheidung des Personalreferats der SPD-regierten Stadt muss Hanna P. zu ihrem Gehalt noch aufstockendes ALG II geltend machen, um ihren Lebensunterhalt decken zu können. Dagmar Henn ist Stadträtin der LINKEN und mächtig sauer darüber. »Die Münchner SPD hat in diesem Fall nicht nur gegen ihre eigene Forderung nach einem Mindestlohn verstoßen, sondern auch gegen ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts. Danach sind Reinigungskräfte nämlich nach Entgeltgruppe E2 zu entlohnen«, erklärt die Stadträtin. Der Versuch, auf Kosten von Geringverdienern Geld für die Stadt sparen zu wollen, ist aufgedeckt worden. Ein Antrag von Dagmar Henn im Münchener Stadtparlament soll Hanna und ihren Kolleginnen nun zu ihrem Recht verhelfen. Zumindest diejenigen Frauen unter ihnen ohne Kinder sind dann nicht mehr auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Für alleinerziehende Mütter ist die Tarifgruppe E2 jedoch immer noch zu niedrig, um den Lebensbedarf ausreichend abzudecken. »Dieses Beispiel ist kein Einzelfall und zeigt, wie dringend wir flächendeckend den gesetzlich garantierten Mindestlohn brauchen«, sagt die linke Stadträtin. Der regierenden SPD-Fraktion ist die Notsituation vieler Frauen wie Hanna bestens bekannt. Passiert ist jedoch bislang nichts. Anstatt wirklich zu handeln, kommt von den Sozialdemokraten nichts. Wie im Bundestag: Die SPD redet vom Mindestlohn, stimmt aber bei einem entsprechenden Antrag zu seiner Einführung dagegen. Gerade Frauen sind selbst mit Hochschulabschluss, als Beamtin oder Angestellte überproportional oft von Niedriglöhnen betroffen. Und trotz des stetig steigenden Frauenanteils im Leistungsbezug des ALG II werden seit Jahren arbeitsmarktpolitische Instrumente überproportional häufig für Männer genutzt. »Wenn wir soziale Gerechtigkeit fordern, müssen wir gerade beim Thema Mindestlohn konsequent bleiben. Für alle und überall in Deutschland. Ganz besonders für Frauen«, sagt die Münchnerin Dagmar Henn.

Kornelia Möller, MdB, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin

Antrag »Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen« Drucksache 16/11192

Ehegesetz ist nur die Spitze des Eisbergs

Situation für Frauen in Afghanistan hat sich weiter verschlechtert

Anfang April hielt sich die suspendierte Abgeordnete und Frauenrechtlerin Malalai Joya anlässlich der Veranstaltungen gegen den NATO-Gipfel auf Einladung der Linksfraktion in Süddeutschland auf. Dabei erfuhr sie von der Unterzeichnung eines drastischen Ehegesetzes durch den afghanischen Präsidenten Hamid Karzai. Nach diesem Gesetz werden die Frauen der schiitischen Minderheit dazu verpflichtet, die »sexuellen Wünsche« ihrer Ehemänner zu erfüllen. Das kommt einer Legalisierung der Vergewaltigung in der Ehe gleich. Frauen und Studierende gingen daraufhin in Afghanistan auf die Straße. Aufgebrachte Männer bewarfen die protestierenden Frauen mit Steinen. Auch auf internationalen Druck musste Karzai das umstrittene Gesetz für eine Überprüfung vorläufig zurückziehen.

Für Malalai Joya bedeutet dieser Schritt jedoch noch keine Entwarnung. Sie erkennt in dem Eklat um das Ehegesetz eine weitere Erstarkung der fundamentalistischen Kräfte, denen die afghanische Regierung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 20. August Zugeständnisse macht. Dabei sitzen im afghanischen Parlament bereits mehrheitlich Warlords und andere fundamentalistische Kräfte, denen Menschenrechtsorganisationen nicht nur Korruption, sondern auch Kriegsverbrechen vorwerfen. Am Scheitern der Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen im Land lässt sich auch ein Scheitern der Afghanistan-Strategie der Bundesregierung ablesen. USA und NATO und mit ihnen die Bundesregierung haben 2001 die militärische Intervention in Afghanistan mit dem »Krieg gegen den Terror« und der »Befreiung der Frauen« begründet. Jetzt ist die Lage aufgrund des Zusammenspiels der Folgen von 30 Jahren Krieg, andauernden NATO-Angriffen und politischem Extremismus schlimmer denn je. Hunger und Vergewaltigungen sind Bestandteil des Lebens vieler Frauen. Noch immer mangelt es ihnen

am meisten an Sicherheit, Zugang zu Elektrizität und Wasser. Deswegen setzt sich DIE LINKE weiterhin für ein Ende des Krieges in Afghanistan ein. Zugleich hat die DIE LINKE einen Schwerpunkt ihrer Afghanistan-Arbeit auf die Unterstützung von Frauen gelegt.

Die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel unterstützt seit 2007 Malalai Joya und andere Frauenrechtlerinnen in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen, für zivile Konfliktlösungen und einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Zivilgesellschaftliche Bewegungen wie der Widerstand der Frauen auf ihrer Demonstration gegen das Ehegesetz werden größer und verdienen mehr Unterstützung und internationale Aufmerksamkeit. Nur so kann verhindert werden, dass die Regierung Karzai und ihre Nachfolgeregierung die in der afghanischen Verfassung verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern über die Gesetzgebung und in der konkreten Politik weiter aushöhlen.

Birgit Bock-Luna

Die Broschüre »Außenpolitik für eine friedliche Welt« kann heruntergeladen werden unter www.linksfraktion.de/broschueren

Weibliche Energie versus Atomkraft

Vor knapp einem Jahr startete »genanet« – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit – die Kampagne »Dranbleiben! Frauen wollen den Atomausstieg«, mit der Frauen aufgerufen wurden, ihre Stimme gegen die Atomenergie zu erheben. Denn Tatsache ist: Frauen verfügen über eine höhere Risikosensibilität, und ihre Sichtweise ist oft sehr viel vorsorgender als die der Männer. Dieses Potenzial wird noch immer nicht wirklich genutzt, geschweige denn ausgeschöpft. Geschlechtergerechtigkeit bei der Planung nachhaltiger Energieversorgung und beim Klimaschutz bleibt eine Herausforderung. Weltweit sind es mehrheitlich Frauen, die sich kritisch mit der Atomenergie auseinandersetzen, die für eine Einschränkung des Energieverbrauchs und für eine risikolose, umweltschonende Energieversorgung kämpfen. Im europäischen Durchschnitt sind nur ein Drittel der Frauen, aber 54 Prozent der Männer für die Nutzung der Atomenergie. Dabei spricht vieles dagegen: die riskanten Atommülltransporte die nach wie vor ungelöste Endlagerfrage, die immer wieder auftretenden »Störfälle« mit ihren katastrophalen Folgen für die Umwelt. Insbesondere nach der Explosion und damit dem Super-Gau im sowjetischen Atomreaktor Tschernobyl im Jahre 1986 waren es überwiegend Frauen, die aktiv wurden, die sich verbündeten und gemeinsam den Kampf gegen die Atomlobby – die eindeutig von Männern dominiert ist – aufnahmen. Vielerorts gründeten sich Gruppen, eine der bekanntesten ist die Initiative »Mütter gegen Atomkraft«. Sie ist eine tragende Säule im Protest gegen die Risikotechnologie Atomkraft.

Tatjana Behrend

Aktuell wirbt »genanet« für den Anti-Atom-Treck von Gorleben nach Berlin. Atomkraftgegnerinnen und -gegner werden vom 30. August an für eine Woche auf Traktoren unterwegs sein zur abschließenden Großdemonstration am 5. September in Berlin. »Mal richtig abschalten!«, so das Motto der Demo. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass sehr viele diesem Aufruf folgen werden. Eines aber wissen wir genau: DIE LINKE ist dabei.

Mehr Infos unter: www.genanet.de www.anti-atom-treck.de

»Die Auswirkungen sind vorhersehbar«

Gespräch mit Sybill Schulz, Geschäftsführerin des Berliner Familienplanungszentrums BALANCE

Balance hatte sich gemeinsam mit elf weiteren Verbänden gegen eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes ausgesprochen. Wie beurteilen Sie die jetzt vom Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen?

Der Gesetzesentwurf regelt alle Schwangerschaftsabbrüche nach der 12. Schwangerschaftswoche neu. Dabei wurden in erster Linie Abbrüche nach Pränataldiagnostik diskutiert. Meines Erachtens muss die Intention

der Gesetzesänderungsinitiative in Frage gestellt werden.

Aus der tatsächlichen Anzahl sogenannter Spätabbrüche lässt sich aktuell kein Regelungsbedarf ableiten. Laut Statistischem Bundesamt gab es 2007 in Deutschland 2302 Abbrüche ab der 13.

Schwangerschaftswoche. Mit 1,9 Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche sind das – auch im internationalen Vergleich – sehr wenig. Die meisten westeuropäischen Länder haben wesentlich mehr Spätabbrüche; Großbritannien zum Beispiel etwa fünfmal so viele.

Dazu wird eine möglicherweise positive Auswirkung der Gesetzesänderung, nämlich die flächendeckende, kompetente Beratung, konterkariert, indem sie überhaupt nicht untersetzt ist – weder finanziell noch konzeptionell. Dabei gibt es bereits jetzt Defizite an qualifizierten Beratungen, insbesondere zur Pränataldiagnostik.

Was wären aus Ihrer Sicht sinnvolle Schritte gewesen, um die Angebote an Frauen in schwierigen Konfliktsituationen zu verbessern?

Dazu gehören drei zentrale Punkte. Erstens können Fachinformationen für Frauen und Hinweispflichten von Ärztinnen und Ärzten auf untergesetzlicher Ebene verbessert und beispielsweise in die Mutterschaftsrichtlinien implementiert werden. Der Mutterpass sollte als wichtiges Dokument überarbeitet werden. Zweitens sind Frauen nach diagnostizierter fötaler Fehlbildung in einer schweren Krisensituation, in der sie schnelle Krisengespräche benötigen, die ihnen zu einer eigenständigen Entscheidung verhelfen. Drittens erscheint uns ein komplexes, kostenfreies und qualifiziertes Beratungsangebot zur Bewältigung eines Schwangerschaftsabbruches infolge Diagnose einer Fehlbildung des Kindes bzw. bei Lebensgefahr für Mutter und/oder Kind ebenso dringend erforderlich.

Sehr bedeutsam ist der offene Umgang mit solchen Fragen: Warum soll ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden? Was bedeutet es, mit einem behinderten Kind zu leben? Diese Offenheit ist notwendig, anstatt Ärztinnen und Ärzte beim Beratungsgespräch in einen Strafkonflikt zu bringen.

Damit sprechen Sie die eingeführte Pflichtberatung an. Die übt keinen »direkten« Druck auf Frauen aus, sondern wirkt über einen Umweg: über Ärztinnen und Ärzte. Welche Auswirkungen befürchten Sie durch diese Regelung?

Für Ärzte stellt die neue Verpflichtung, Frauen in einer solchen Konfliktsituation medizinisch und zugleich psychologisch beraten zu müssen, aus unserer Sicht eine zusätzliche Hürde dar. Denn Pränataldiagnostiker sind nicht per se psychologische Berater. Dies bedarf einer Ausbildung und Zusatzqualifikation.

Wenn zudem Bußgelder und Strafen drohen, ist eine Verunsicherung der Mediziner vorauszusehen. Es ist mit einer dramatischen Abnahme an medizinischen Indikationen zu rechnen, weil sich nur noch wenige Ärztinnen und Ärzte auf dieses juristische Risiko einlassen werden. Angesichts der Tatsache, dass schon heute jede fünfte Frau zum Schwangerschaftsabbruch ins Ausland fährt, sind die Auswirkungen relativ leicht vorhersehbar.

Interview: Jutta Kühl

Kontakt:Familienplanungszentrum BALANCE

Mauritiuskirchstraße 3

10365 Berlin –

Lichtenberg/Friedrichshain

Telefon: 030/553 67 92

Fax: 030/553 67 93

balance@fpz-berlin.de

www.fpz-berlin.de

Antrag »Späte Schwangerschaftsabbrüche – Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken« Drucksache 16/11377

Kleine Anfrage »Verbot des Schwangerschaftsabbruches aus medizinischer Indikation« Drucksache 16/13244

Geschichte des Paragraphen 218

Deutsches Reich

1. Januar 1872 Paragraph 218 wird ins Strafgesetzbuch aufgenommen. »Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleib tötet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein. Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zur Abtreibung oder Tötung bei ihr angewendet oder beigebracht hat.«

Weimarer Republik

11. August 1919 Übernahme in die »Weimarer Verfassung«

18. Mai 1926 Zuchthausstrafe für die abbrechende Mutter wird abgeschafft

11. März 1927 Reichsgericht erkennt die medizinische Indikation an

30. Juni 1928 KPD-Reichstagsfraktion beantragt den Paragraphen 218 abzuschaffen

Nationalsozialismus

7. August 1935 Mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wird die sogenannte eugenische Indikation eingeführt

18. März 1943 Zuchthausstrafe für die abbrechende Mutter wird wiedereingeführt, Wiederholungstäterinnen droht Todesstrafe

BRD

4. August 1953 Todesstrafe wird aufgehoben

25. Juni 1969 Zuchthausstrafe wird herabgesetzt, neue Höchststrafe sind 5 Jahre einfache Haft

5. Juni 1974 Bundestag billigt eine dreimonatigen Fristenlösung des Paragraphen 218

25. Februar 1975 1. Senat des BVerfG erklärt die Fristenlösung für verfassungswidrig

12. Februar 1976 Neues Reformgesetz, wonach der Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten auch bei einer sozialen Notlage straffrei bleiben kann

DDR

18. Dezember 1947 Thüringer Landtag schafft Paragraph 218 ab

09. März 1972 Volkskammer der DDR verabschiedet Gesetz über Fristenlösung bis zur 12. Woche, Abbrüche nach der 12. Woche bei medizinischer oder eugenischer Indikation möglich

Die BRD nach der Wiedervereinigung

27. Mai 1992 Kombinierte Fristen- und Indikationslösung; Abbruch bis zur 12. Woche nicht rechtswidrig, bei medizinisch-psychologischer und eugenischer Indikation bis zur 22. Woche

28. Mai 1993 2. Senat des BVerfG erklärt die Fristenlösung für verfassungswidrig

1. Oktober 1995 Fristenlösung bleibt rechtswidrig, aber bis zur 12. Woche straffrei, wenn mindestens drei Tage vor Abbruch Teilnahme an Zwangsberatung bescheinigt wird oder eine kriminologische Indikation vorliegt, medizinische Indikation ohne Frist möglich, eugenische Indikation wird abgeschafft

Literatur

Irmtraud Gutschke: Eva Strittmatter – Leib und Leben. Das Neue Berlin, 224 Seiten, 16,90 EUR

»Es gibt verschiedene Haltungen/Gegenüber dem Leben./Die eine: Streben nach Sicherheit./Die andere: Sich über Schicksal und Zeit/Und alles das erheben.« Diese Zeilen schrieb Eva Strittmatter, eine der bekanntesten deutschen Lyrikerinnen. Nun offenbarte sie in Interviews ihr Leben als Autorin, an der Seite Erwin Strittmatters und ihre Sicht auf die reale DDR – berührend, leidenschaftlich und spannend.

Konsum

Verbrauchertäuschung im Milchregal

Echte Frischmilch ist selten geworden. Vor allem Discounter haben sie klammheimlich aus dem Angebot genommen und durch sogenannte ESL-Milch ersetzt. ESL-Milch wird hoch erhitzt oder mikrofiltriert. Sie ist dreimal länger haltbar, hat aber weniger Vitamine und schmeckt anders. Zwar gibt es seit kurzem eine Selbstverpflichtung der Anbieter, dass echte Frischmilch künftig mit dem Hinweis »traditionell hergestellt« und ESL-Milch als »länger haltbar« verkauft werden soll. »Frischmilch« darf Letztere aber weiter heißen. Die Verbraucherzentrale Hamburg hat eine Aktion gestartet, um sich gegen diese Angebotspolitik des Handels zu wehren. Infos unter: www.vzhh.de

Internet/Download

Der Reader zur Veranstaltung am 15. Januar 2009 »Shalom/Salam – Frauen in Palästina und Israel für den Frieden« kann heruntergeladen werden unter www.linksfraktion.de/reader